

# Hängepartie für die Kappesgärten

**LEGALISIERUNG** Bürgermeister-Vorschlag findet nicht auf Anhieb notwendigen Konsens

HÖCHST - (kp). Die Bemühungen des Gemeindevorstandes, den Eigentümern auch künftig die Nutzung der Gartenflächen im Bereich „Kappesgärten“ in der Kerngemeinde zu ermöglichen, kommen nur schleppend voran.

In einer eigens zum Thema Erhaltung der Höchster Schrebergärten einberufenen Bürgerversammlung ist es nun nicht gelungen, einen Konsens herbeizuführen. Wie Bürgermeister Horst Bitsch darlegte, wird seitens des Gemeindevorstandes angestrebt, die Gartennutzung in diesem Bereich durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes rechtlich zu legalisieren, um damit dem Risiko entgegenzutreten, dass die Bauaufsicht des Kreises die Kleingärten beseitigen lässt.

Nach Gesprächen mit dem Kreis sehe der Gemeindevorstand nun eine realistische Möglichkeit, trotz der Lage in der Trinkwasserschutzzone zwei, des Bauverbotes im Überschwemmungsgebiet der Mümling und naturschutzfachlicher Bedenken Beete und Bauten zu erhalten. Geschehen könne dies mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes sowie der Änderung des Flächennutzungsplans. Der Bürgermeister machte zudem deutlich, dass für dieses Bauleitverfahren mit erforderlichen Gutachten Kosten zu erwarten, die von den begünstigten Eigentümern getragen werden müssten. Dies gelte umso mehr, als sich dann für die Gartenflächen eine Wertsteigerung ergebe.

Laut Bitsch liegt der Bodenrichtwert gegenwärtig bei etwa 2,15 Euro pro Quadratmeter. Als planungsrechtlich ausgewiesenes Grundstück würde dieser auf schätzungsweise 7 bis 10 Euro pro Quadratmeter steigen. Damit würden die Investitionen der Garteneigentümer in die Bauleitplanung durch die Wertsteigerung des Gartengrundstücks mehr als kompensiert. Absichern soll die Kostenübernahme ein städtebaulicher Vertrag mit jedem der Gartennutzer. Der Bürgermeister: „Der Gemeindevorstand hat seine Hausaufgaben gemacht. Dieses Vorhaben kann jedoch nur dann umgesetzt werden, wenn auch alle mitmachen.“

Angesichts der noch geteilten Meinungen im Lager der Eigentümer will Bitsch in den kommenden Wochen in Einzelgesprächen weiter auf das Ziel einer von den Anliegern finanzierten Legalisierung hinarbeiten.